

«Die Grundanliegen sind bereits erfüllt»

BILDUNGSINITIATIVE Der Kanton Luzern verfüge bereits über ein qualitativ hochwertiges und regional verankertes Bildungsangebot auf allen Schulstufen: Damit ist für Regierung und Parlament das Grundanliegen der Bildungsinitiative erfüllt. Die weiteren Forderungen der Initiative seien mit erheblichen finanziellen Mehrbelastungen verbunden.

Die Luzernerinnen und Luzerner befinden am 23. September über die Volksinitiative «Für eine hohe Bildungsqualität im Kanton Luzern». Der Regierungsrat und die grosse Mehrheit des Kantonsrates lehnen die Initiative ab und empfehlen dem Stimmvolk, ein Nein in die Urne zu legen.

«Grundanliegen erfüllt»

«Die Grundanliegen der Initiative sind in weiten Teilen bereits heute erfüllt», sagte Bildungsdirektor Reto Wyss anlässlich der Präsentation der Abstimmungsbotschaft am Mittwoch. Dies betreffe unter anderem die Ausbildung der Lehrpersonen – die Initiative verlangt unter anderem, dass alle angestellten Lehrpersonen über die notwendigen Lehrtitel verfügen. «Im Kanton Luzern werden über die Schulstufen hinweg gut qualifizierte Lehrpersonen beschäftigt», so Wyss. Bei 99.8 Prozent der Klassenlehrpersonen des Kindergartens und der Primarstufe, bei 99.9 Prozent der Sekundarlehrpersonen und 97 Prozent der Gymnasiallehrpersonen sind laut Wyss alle notwendigen Voraussetzungen für den Unterricht erfüllt. Bei IF-Lehrpersonen und schu-



Regierungsrat Reto Wyss sieht keine Notwendigkeit für die Bildungsinitiative. Foto sk

lischen Heilpädagogen bestünden Engpässe, räumt die Regierung ein. Sie würden jedoch durch entsprechende Weiterbildung an der PH Luzern aufgefangen werden.

Rahmenbedingungen zufriedenstellend – trotz tieferen Löhnen

Weiter fordert die Initiative «Rahmenbedingungen, um qualitativ guten Unterricht zuzulassen». Der Kanton Luzern liege in Bezug auf die Klassengrössen und bezüglich der Anzahl Un-

terrichtswochen über alle Schulstufen hinweg im selben Bereich wie die anderen Deutschschweizer Kantone, hält der Regierungsrat fest. Die Unterrichtsverpflichtung über die Stufen hinweg sei angestiegen und befinde sich gegenüber anderen Kantonen leicht über dem Mittelwert. Die Besoldung liege im Vergleich eher im unteren Mittelwert. Dennoch – so Bildungsdirektor Reto Wyss – könnten im Gegensatz zu vielen Kantonen auch in diesem Schuljahr alle Lehrstellen besetzt werden. «Offen-

bar können wir bei den Lehrpersonen mit anderen wichtigen Faktoren punkten – wie beispielsweise mit attraktiven schulischen Strukturen und dem guten Stand der Schulentwicklung.»

Schulgelder auf Sekundarstufe II notwendig

Die Initiative fordert weiter, dass zur Förderung der Chancengleichheit der Lernenden auf der Sekundarstufe II keine Schulgelder erhoben werden. Gemäss Bundesrecht wird im Kanton Lu-

zern für den obligatorischen Unterricht an den Berufsfachschulen kein Schulgeld verlangt. Dagegen werden für die vollschulischen Angebote der Berufsbildung sowie die nachobligatorischen Angebote der Gymnasialbildung und der Fachmittelschulen von den Lernenden bzw. ihren Eltern Schulgelder erhoben. Diese Schulgelder bilden Einnahmen im Umfang von rund 1,9 Millionen Franken pro Jahr. Bildungsdirektor Wyss: «Wenn wir diese Schulgelder streichen, müssen wir die fehlenden Einnahmen durch entsprechende Kürzungen in den Angeboten kompensieren – zudem sind die Beiträge verhältnismässig und vertretbar.»

Erhebliche finanzielle Mehrbelastung als Folge

Der Regierungsrat und Kantonsrat sind der Ansicht, dass der Kanton Luzern bereits heute auf allen Schulstufen über ein breites und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot verfüge, das laufend optimiert und evaluiert werde. Allerdings – dies habe auch die Debatte im Kantonsrat deutlich gezeigt – müsse dieses Bildungsangebot auch finanzierbar sein: Regierungsrat und Kantonsrat sehen das Gleichgewicht zwischen Bildungsanspruch und angemessener Finanzierbarkeit durch die Initiative gestört, was letztlich die Sicherung einer qualitativ hochstehenden Bildung im Kanton Luzern gefährde. Reto Wyss: «Die in der Initiative geforderte Angebotsausweitung und somit die Umsetzung der Initiative würden zu einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung für den Kanton und die Gemeinden führen. Dies ist staatspolitisch nicht vertretbar.» Aus diesen Gründen empfehlen Regierung und Parlament, die Initiative abzulehnen. sk/WB

Sparen bei der Bildung soll ein Ende haben

BILDUNGSINITIATIVE Mit ihrer Volksinitiative «Für eine hohe Bildungsqualität im ganzen Kanton» will die Luzerner Allianz für Lebensqualität eine gute Bildung in der Verfassung verankern. Für die Initianten eine direkte Antwort auf die «Spar- und Abbaupolitik im Bildungsbereich der letzten Jahre».

Alex Messerli, Präsident des Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverbands betonte an der Medienkonferenz diese Woche, dass die Rahmenbedingungen für den Lernerfolg der Kinder mitentscheidend sind. Dazu gehörten ausreichend Ressourcen und genügend qualifiziertes Personal. «Die Initiative möchte Gutes in der Bildung bewahren und stärken. Bewahren, um einen weiteren Qualitätsabbau zu verhindern und stärken, um an Bewährtes anzuknüpfen», sagt LLV-Präsident Messerli. «Sie bringt mehr Verlässlichkeit und Kontinuität in der Volksschule. Davon profitieren die Lernenden, die Eltern und auch die Lehrpersonen.»

Nie wieder Zwangsferien

Den bisherigen Abbau im Bildungswesen kritisierte Remo Herbst, Präsident des Verbands Luzerner Mittelschulen und Gymnasien (VLM). Zwangsferien, Streichung von Förderangeboten, Erhöhung von Schulgeldern, konkurrenzlos schlechte Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen und weitere drohende Abbaumassnahmen zeugen gemäss Herbst vom Luzerner Spardiktat der letzten Jahre. Für den VLM-Präsidenten ist klar: «Die Schülerinnen und Schüler dürfen nicht länger als Spielball der Finanzpolitik benutzt werden. Vielmehr sollen Ausbildung und Inhalte im Zentrum stehen – wie bei der Bildungs-Initiative.»



Warben für die Bildungsinitiative: Urban Sager, Lorena Stocker, Silvio Walther, Remo Herbst und Alex Messerli (v.l.n.r.).

Foto zvg

Fachkräfte für die Wirtschaft

Silvio Walther vom Vorstand Berufsbildung Schweiz Luzern (BCH.LU) ergänzte, dass nicht nur die Lernenden und deren Eltern vom Bildungsabbau betroffen seien. Er schade auch der Wirtschaft. Die Berufsbildung gehe nämlich leider viel zu oft vergessen. «Die Luzerner Wirtschaft ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Deshalb dürfen wir Qualitätseinbussen bei der Berufsbildung nicht in Kauf nehmen», fordert Walther. Die Herausforderungen der Zukunft wie die Bekämpfung des Fachkräftemangels und die Digitalisierung der Berufsbildung könnten nur mit ausreichend zur Verfügung gestellten Mitteln gemeistert werden. Diese sichere die Bildungs-Initiative, so Walther.

Lernen statt Protestieren

Hunderte von Schülerinnen und Schülern protestierten in den letzten Jah-

ren bei den von den Lernenden gegen Sparwut organisierten Aktionen gegen den Bildungsabbau. «Drohende Schliessungen wie beispielsweise beim Musegg, der WMS in Willisau oder der Fachklasse Grafik geben den dort Lernenden das Gefühl, dass sie der Politik eigentlich egal sind», sagte Lorena Stocker als Direktbetroffene von den «Lernenden gegen Sparwut». «Die Luzerner Schülerinnen und Schüler wollen aber eigentlich lernen und nicht protestieren müssen. Deshalb sagen wir Ja zur Bildungs-Initiative», so Stocker.

Ja zu mehr Chancengleichheit

Urban Sager, Präsident des Verbands des Personals der öffentlichen Dienste (VPOD) will mit der Initiative auch ein finanzpolitisches Zeichen setzen. «Es kann nicht sein, dass die Eltern für die finanzielle Schieflage des Kantons geradestehen müssen. Sie finanzieren

mit den Schulgebühren die Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen», so Sager. Aufgrund des aktuellen Spar-drucks drohten die Mittelschulen im-

mer teurer und damit zu einem Privileg für Reiche zu werden, so Sager. Ein Ja am 23. September verhindere dies und bringe mehr Chancengleichheit. pd/WB

Fremdsprachen bleiben ein Thema

KOMITEE Zehn Monate nach der Abstimmung hält das Initiativkomitee fest, «dass das jetzt geltende Fremdsprachenkonzept weiterhin höchst fehlerhaft daherkommt». Die Sprachlastigkeit auf der Primarschule sei in Verbindung mit dem Lehrplan 21 noch ausgebaut worden.

Die Komiteemitglieder werden in dieser Frage aktiv bleiben, wie sie in einer Medienmitteilung schreiben. «Wir haben ein Abstimmungsergeb-

nis, jedoch keine Lösung», hielt das Komitee nach der Abstimmung fest. An seiner Sitzung im Sommer sei diese Erkenntnis nochmals bestätigt worden.

Das Komitee setzt sich aus über 70 Persönlichkeiten aus dem Kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerverband, dem Gewerbeverband und Vertreterinnen und Vertretern aus allen Parteien des Kantons Luzern zusammen. xv/WB